

EVP-ED



Die zehn Prioritäten der
EVP-ED-Fraktion 2009-2014

Die Bürger im Herzen Europas



EVP-ED

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
und der europäischer Demokraten im Europäischen Parlament

DE



Besuchen Sie unsere Webseite im Internet:

www.epp-ed.eu



« Bezüglich des Dokumentes 'Die Zehn Prioritäten der EVP-ED-Fraktion 2009-2014: Die Bürger im Herzen Europas' teilt die britische Delegation in Anbetracht ihrer besonderen Position innerhalb der Fraktion ihren allgemeinen Vorbehalt mit. »

Inhalt



1 Für ein Europa der Werte

- 1 die Verteidigung starker Werte; → 4
- 2 eine wirkliche transatlantische Solidarität; → 6
- 3 gemeinsame Werte der Europäer und ihrer Nachbarn. → 8

2 Für ein Europa des Wachstums und der Beschäftigung

- 4 konkrete und gezielte Lösungen für die Finanzkrise und eine verstärkte wirtschaftspolitische Abstimmung, sowie die Vollendung eines wirksamen Binnenmarkts; → 10
- 5 die Reform des EU-Haushalts und seiner Finanzierung. → 14

3 Für ein sichereres Europa

- 6 die Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus und den Schutz der Bürger angesichts der organisierten Kriminalität; → 16
- 7 eine kohärente Energiepolitik im Rahmen der Bewältigung des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung; → 18
- 8 die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit; → 20
- 9 eine gemeinsame Einwanderungspolitik. → 22

4 Für ein solidarischeres Europa

- 10 die Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten, insbesondere im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Verteidigung der Werte des europäischen Sozialmodells. → 24



Joseph DAUL, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im EP



werden kann. Zu gegebenem Anlass legen sie diese Überzeugungen in einem „Dekalog“ dar und bauten sie seither auf der Grundlage ständiger Erkundigungen und weiterer Überlegungen weiter aus. Nun sollen sie angesichts der Krise erneut ins Blickfeld gerückt werden, um den Völkern Europas eine eigenständige Antwort auf ihre Sorgen zu geben.

Die EVP-ED-Fraktion hat niemals ein abstraktes Gesellschaftsmodell verfolgt oder nach Verwirklichung einer Wirtschafts-ideologie gestrebt. Wir schlagen den Europäern Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und ein bestimmtes Menschenbild vor. Dieses Primat des Menschen und diese Grundsätze, denen wir uns verbunden fühlen, gilt es heute mit neuem Nachdruck zu bekräftigen.

Ziel des politischen Handelns müssen unserer Ansicht nach letztlich die Männer und Frauen sein, ihr

Recht, eine Familie zu gründen und im Leben voranzukommen. Mehr denn je hängt von ihnen unsere Fähigkeit ab, der Krise entgegenzutreten und sie zu überwinden. Ihnen gilt es, Vertrauen und Mut zurückzugeben.

Die Europäische Union darf angesichts der derzeitigen Lage nicht stumm bleiben. Sie darf die Dinge nicht im Unklaren lassen, sondern muss mit gutem Beispiel vorangehen und in der Lage sein, die Dinge entsprechend dem ihr erteilten Auftrag zu ändern.

Joseph DAUL

Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im EP

Jaime MAYOR OREJA

Stellvertretender Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im EP

Jaime MAYOR OREJA, Stellvertretender Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im EP



Unter all den derzeit anstehenden dringlichen Angelegenheiten gilt es in erster Linie die Krise, von der wir betroffen sind, zu begreifen, zu analysieren, zu ergründen und wirksam und nachhaltig darauf zu reagieren.

Diese Krise ist mit bisherigen Krisen nicht vergleichbar, es ist keine bloße Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern eine Krise der Werte.

Wenn Verschuldung zur Regel wird, wenn man über seine Verhältnisse lebt, wenn Spekulation unser Verhalten bestimmt, wenn die Geburtenraten sich so darstellen, wie es in Europa der Fall ist, wenn Familien aus Leichtfertigkeit und Bequemlichkeit keine Verpflichtungen eingehen wollen und nicht sparen, so spricht das dafür, dass eine Wertekrise herrscht.

Diese Wertekrise mit all den schlechten Gewohnheiten und Irrtümern, die sie nach sich zog, ist die Ursache der derzeitigen Krise, daran darf kein Zweifel bestehen.

Diese Krise, von der wir zunächst lediglich die Anfänge wahrnehmen, hat tiefe Wurzeln, und ihre politische Bedeutung darf nicht unterschätzt werden. Sie wird unausweichlich zu größeren Spannungen in Europa und weltweit führen.

Deshalb wird eine Überwindung dieser Krise - unabhängig von den praktischen Lösungen, mit deren Verwirklichung inzwischen begonnen wird - nur über tiefgreifende Veränderungen in den Einstellungen und Verhaltensweisen möglich sein, und wir müssen den Mut haben, dies deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion haben im Verlauf der zu Ende gehenden Wahlperiode über 200 Wochen lang zusammengearbeitet. Dank ihrer ständigen Nähe zu ihren Wählern und in dem Wissen, was die Europäische Union konkret zu leisten vermag, haben sie trotz unterschiedlicher nationaler Sensibilitäten gemeinsame Überzeugungen entwickelt, wie den globalen Herausforderungen begegnet



Für ein Europa der Werte

1 Die Verteidigung starker Werte



Die Europäische Union fordert die Aktualisierung, Bekräftigung und Modernisierung ihrer eigenen Werte (Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Angehörigen von Minderheiten). Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam in einer Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Der Schutz der familiären Werte bildet angesichts der Herausforderung des demographischen Wandels und des Geburtenrückgangs gemeinsam mit der Verteidigung der Bildungsfreiheit die Grundpfeiler unseres politischen Handelns. Denn die Familie ist der wichtigste Ort, wo der Einzelne bei der Bewältigung von Krisen Unterstützung findet, wo man sich gegenseitig hilft und die Zukunft vorbereitet. Ziel unserer Politik muss die Stärkung der Familien, der Solidarität zwischen den Generationen und die verstärkte Vermittlung von Werten sowie des kulturellen Erbes sein.

Die EVP-ED-Fraktion tritt für eine Trennung von Kirche und Staat ein, die als positiver Laizismus zu verstehen ist, der die Religionsfreiheit im Geiste ei-

ner Zusammenarbeit auf der Grundlage von Dialog, gegenseitiger Achtung und wechselseitiger Unabhängigkeit schützt.

Die wirtschaftlichen Rechte sind keine Rechte von untergeordneter Bedeutung, und es gilt, mit Nachdruck für sie einzutreten. Unsere Fraktion betrachtet die Freiheit der Bildung, der Forschung, des Unternehmertums und des Wettbewerbs als Rechte des Einzelnen und als Grundlage für eine gesunde und florierende Wirtschaft. Nichts könnte eine Einmischung in diese Rechte rechtfertigen, im Gegenteil, sie müssen mehr denn je gestärkt werden.

Der Wert von Anstrengungen, Arbeit, Eigentum und Sparen wird nur unzureichend vertreten. Es gilt, die Reformen fortzusetzen, die zur Entlastung derer in die Wege geleitet wurden, die arbeiten, sparen und investieren wollen.

Die Europäische Union fordert die Aktualisierung, Bekräftigung und Modernisierung ihrer eigenen Werte.

Daher verpflichtet sich die EVP-ED-Fraktion, die folgenden Überzeugungen in die Praxis umzusetzen:

Die Europäische Union sollte mehr denn je die Menschenwürde schützen, um:

- ↳ allen einen angemessenen Lebensstandard zu bieten;
- ↳ das menschliche Leben zu schützen, wobei sie sich der Debatte über Bioethik nicht entziehen darf;
- ↳ jegliche Form von Diskriminierung und Gewalt zu bekämpfen;
- ↳ die Ehe zu schützen;
- ↳ die Familie als wichtigsten Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen;
- ↳ eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern.

In Zeiten zunehmender Intoleranz sollte die Europäische Union weltweit für Gewissensfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit eintreten, indem sie:

- ↳ die umfassende Freiheit der Meinungsäußerung unter Achtung der persönlichen Freiheit garantiert;
- ↳ die Gewissens- und Religionsfreiheit schützt und weltweit alle Formen von Intoleranz gegenüber Religionen bekämpft;
- ↳ sicherstellt, dass die nationalen Minderheiten unter Achtung des Gemeinwohls ihre Kultur aufrechterhalten und weiterentwickeln und die wesentlichen Elemente ihrer Identität (Religion, Sprache, Traditionen und kulturelles Erbe) bewahren können.

Die Europäische Union sollte alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um den Frieden als Wert zu fördern, indem sie:

- ↳ die Friedensbemühungen an potenziellen Konflikt- und Spannungsherden fördert;
- ↳ sich in den Dialog zwischen den Kulturen und den Religionen einbringt;
- ↳ schonungslos jedwede Form von Terrorismus bekämpft.

Die Europäische Union sollte innerhalb ihres Raums die wirtschaftlichen Freiheiten bewahren:

- ↳ indem sie die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr) stärkt und sie Rechtsvorschriften einführt, die die gleichberechtigte Wahrnehmung dieser Freiheiten durch jeden einzelnen Bürger ermöglichen;
- ↳ dabei sollte sie die Unterrichts-, Bildungs- und Forschungsfreiheit sicherstellen als Voraussetzung für die Ausprägung geistiger Freiheit und von entscheidender Bedeutung für eine wissensbasierte Wirtschaft;
- ↳ indem sie für legale Einwanderer den freien Zugang zu ihrem Hoheitsgebiet und Gleichbehandlung garantiert und zugleich die illegale Einwanderung und den Menschenhandel bekämpft;
- ↳ indem sie das Recht jedes Einzelnen auf Mehrarbeit fördert, um ihre Ressourcen zu mehren. Dies gilt insbesondere für Jugendliche, Rentner und Frauen;
- ↳ indem sie dazu beiträgt, den Rechtsstatus und die Rechtssicherheit von Sparern und Aktionären zu stärken.



2 Feste und starke transatlantische Beziehungen

Die Europäische Union benötigt feste und starke transatlantische Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und des wechselseitigen Verständnisses.

Der eigentliche Zweck der transatlantischen Beziehungen ist die Verteidigung der gemeinsamen westlichen Werte.

Die transatlantischen Beziehungen sind auch ein sehr wichtiges Instrument, um der Stimme der

Europäischen Union in einer zunehmend globalisierten Welt Gehör zu verschaffen und globale Entscheidungen zu beeinflussen.

In Anbetracht globaler Herausforderungen wie der Finanzkrise, des Klimawandels, der Energieversorgungssicherheit und der Verbreitung von Kernwaffen liegt es auf der Hand, dass alle Seiten auf einen gemeinsamen Ansatz angewiesen sind.

Die EVP-ED-Fraktion sieht die ausgewogene Entwicklung der transatlantischen Beziehungen als eine Schwerpunktaufgabe an, da sie zutiefst überzeugt ist, dass dies der einzige Weg ist, unsere wesentlichsten Werte zu verteidigen.

Die Europäische Union benötigt feste und starke transatlantische Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und des wechselseitigen Verständnisses.

Die EVP-ED ist der Auffassung:

- ↳ dass die transatlantischen Beziehungen ein Eckpfeiler unserer Außenpolitik sind und dass Maßnahmen zu ihrer Stärkung ergriffen werden sollten;
- ↳ dass ein gemeinsamer Ansatz mit den transatlantischen Partnern für den Umgang mit wichtigen geopolitischen Akteuren und für gemeinsame Strategien zur Lösung regionaler Krisen wünschenswert ist;
- ↳ dass ein starkes NATO-Bündnis eine hohe Effektivität der europäischen Verteidigung erfordert und auch weiterhin ein unverzichtbares Forum für Sicherheitskonsultationen darstellt;
- ↳ dass die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit der Energieversorgung eine der wichtigsten Säulen der transatlantischen Beziehungen ist;
- ↳ dass die Zusammenarbeit mit der derzeitigen und der künftigen US-Regierung bei der Suche nach Lösungen zu Themen notwendig ist, zu denen weiterhin transatlantische Meinungsverschiedenheiten bestehen, was beispielsweise für die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs, die Energiesicherheit und den Klimawandel gilt;
- ↳ dass die Vereinigten Staaten im Hinblick auf ihre Visa-Regelungen alle Bürger der EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der vollen Gegenseitigkeit gleichbehandeln sollten;
- ↳ dass die Mechanismen, die der Transatlantische Wirtschaftsrat eingerichtet hat, vorbehaltlos unterstützt werden sollten und dass sie beiden Seiten auch weiterhin bei der Umsetzung der «Leuchtturmprojekte» Unterstützung leisten;
- ↳ dass bis 2015 ein funktionierender und wettbewerbsfähiger transatlantischer Markt geschaffen werden sollte, wobei der US-Kongress, das kanadische Parlament, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in hohem Maße einbezogen werden sollten;
- ↳ dass eine «Transatlantische Versammlung» eingerichtet werden sollte.

3 Entwicklung und Vertiefung der Nachbarschaftspolitik und Fortsetzung der Erweiterungspolitik

Die Europäische Union fordert eine Entwicklung und Vertiefung der Nachbarschaftspolitik

Zwischen den Bewohnern der EU-Länder und all jenen, die in Europa und an der Mittelmeerküste leben, besteht in der Praxis eine Kontinuität. Diese Kontinuität bewirkt, dass auf menschlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ebene ein Austausch mit Ländern stattfindet, denen die Union unterschiedliche Rechtsstellung einräumt – Bewerberländer, assoziierte Länder, Nachbarn... Auf der Grundlage dieser geografischen Kontinuität sollte jetzt ein Raum der praxiswirksamen Solidarität gestaltet werden, in dem ein und dieselben Grundwerte gelten.

Die europäische Nachbarschaftspolitik, die Union für den Mittelmeerraum und die strategische Partnerschaft mit Russland sollten weiter ausgebaut und verstärkt

Zwischen den Bewohnern der EU-Ländern und all jenen, die in Europa und an der Mittelmeerküste leben, besteht in der Praxis eine Kontinuität.

und ihre Instrumente rationeller gestaltet werden, und es sollten nunmehr konkrete Projekte in den Bereichen Umwelt, Bildung, Mobilität und Handel in Angriff genommen werden.

Darüber hinaus spricht sich die EVP-ED-Fraktion für den Gedanken aus, eine anspruchsvollere und umfassendere EU-Strategie für den Schwarzmeerraum zu entwickeln, die über die gegenwärtige Initiative hinausgeht und auf das Zustandekommen einer Kooperations- und Sicherheitsvereinbarung für das Schwarze Meer und das Kaspische Meer ausgerichtet ist, die die EU, die Türkei und alle Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres als gleichberechtigte Partner einschließen und zugleich die volle Einbeziehung Russlands anstreben sollte.

Der Beitritt zur Europäischen Union schließt die Zustimmung zu einer auf gemeinsamen Werten beruhenden gemeinsamen politischen Vision ein

Die Erweiterung ist eines der wirksamsten politischen Instrumente der Europäischen Union. Sie hat zur Überwindung der Teilung Europas sowie zu Frieden und Stabilität auf dem ganzen Kontinent beigetragen. Sie hat Reformen bewirkt und die gemeinsamen Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft gefestigt.

Allerdings muss derzeit für die Geschlossenheit der Union Sorge getragen werden. Eine überstürzte neuerliche Erweiterung ohne ausreichende Konsolidierung und Vorbereitung könnte den Zusammenhalt der Union beschädigen, wenn ihre Ressourcen durch die Wirtschaftskrise gemindert werden, und Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und Solidarität der Union haben.

Bevor wir außerdem die Entscheidung treffen, ob neue Länder - zusätzlich zu denjenigen, denen die Mitgliedschaft bereits in Aussicht gestellt ist - beitreten sollten, müssen wir sicherstellen, dass die entsprechenden Bewerberländer unsere Vision von Europa und die Ziele, die wir verfolgen wollen, teilen.

Die EU-Mitgliedschaft darf nicht das einzige verfügbare Mittel sein, um anderen Ländern naheulegen, dass sie im eigenen Interesse Reformen durchführen sollten. Es bedarf alternativer Möglichkeiten, wie wir in unserem Umkreis einen Raum des Friedens, der Stabilität, der Demokratie und des

Wohlstands schaffen können und diejenigen Nachbarn, die enge Beziehungen zur Union wünschen, fest in unsere politische Sphäre einbinden.

Es ist höchste Zeit, die konzeptionelle, politische und rechtliche Kluft zwischen den beiden wichtigsten externen EU-Politiken – Erweiterung und Nachbarschaft – durch Entwicklung eines neuen Konzepts für die Architektur der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn zu überbrücken

Dieser Vorstellung entsprechend wären die gemeinsamen Politiken auf das allgemeine Ziel ausgerichtet, die östlichen und südlichen Nachbarn darin zu unterstützen, nach und nach EU-Standards zu erreichen. Diese Politiken wären gemeinsam mit den beteiligten Ländern auf der Grundlage spezifischer Entscheidungsmechanismen nach dem Muster eines Europäischen Wirtschaftsraums Plus (EWR +), bis hin zu einer Art Europäischen Commonwealth auszugestalten.



4 Konkrete und gezielte Lösungen für die Finanzkrise und eine verstärkte wirtschaftspolitische Abstimmung sowie die weitere Vollendung des Binnenmarkts

Der Finanzkrise begegnen und die Wirtschaftstätigkeit beleben

Eine schwere Vertrauenskrise erschüttert die Weltwirtschaft und die Finanztätigkeit. Diese Krise zieht Europa in Mitleidenschaft: Das Wachstum hat sich stark verlangsamt, die europäischen Unternehmen, insbesondere die KMU, die doch die wichtigsten Arbeitsplätze schaffenden Akteure und Triebkräfte der Innovation sind, sehen sich wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten gegenüber. Es herrscht Unsicherheit vor: Die privaten Haushalte machen sich Sorgen um ihre Kaufkraft, die Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze, die Rentner um ihre Renten, die Sparer um ihre Einlagen.

Die Union darf nicht Stillschweigen wahren und die Hände in den Schoß legen. Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips muss mit dem Zusammenhalt und der Solidarität der Mitgliedstaaten einhergehen.

Die EVP-ED-Fraktion unterbreitet eine Reihe konkreter Vorschläge:

- ↳ eine gemeinsame kohärente wirtschaftspolitische Gesamtstrategie muss eine rasche Rückkehr zum Wachstum und eine gebremste Inflation in ganz Europa ermöglichen. Es gilt, vorrangig die Kaufkraft der Europäer zu stützen und eine höhere Steuer- und Abgabenbelastung zu verhindern, die Initiativen bremst;
- ↳ In der gegenwärtigen Gesamtlage muss der Rettung der Bankensysteme besondere Aufmerksamkeit zuteil werden, um die nachhaltige Finanzierung der Volkswirtschaft und die Sicherheit und das Vertrauen der Sparer zu gewährleisten. Unterstützt werden soll auch alles, was dazu beitragen könnte, schwierigere Kreditbedingungen für Unternehmen, vor allem für KMU, zu vermeiden;
- ↳ Durch verstärkte Transparenz und die Rechenschaftspflicht aller Finanzakteure sollten Mängel beseitigt und Mechanismen geschaffen werden können, die eine übermäßige Risikobereitschaft im Finanzsektor verhindern. In diesem Zusam-

menhang plädiert die EVP-ED-Fraktion für eine Stärkung des europäischen Aufsichtssystems und eine verstärkte Koordinierung der Politik der Finanzregulierung innerhalb des Euro-Währungsgebiets;

- ↳ Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Überschuldung der Haushalte zu bekämpfen und das Sparen als Investitionsquelle zu fördern;
- ↳ Maßnahmen zugunsten von unternehmerischer Freiheit, Freiheit der Übertragung von Unternehmen, der Mitarbeiterrekrutierung, der Niederlassungsfreiheit und der Freiheit, eine selbständige Tätigkeit oder eine Teilzeitbeschäftigung auszuüben, müssen gefördert werden, um dem wirtschaftlichen Aufschwung den Weg zu bereiten.



Eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Die EVP-ED-Fraktion ist der Auffassung, dass die Rückkehr zum Wachstum auf europäischer Ebene durch eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten, insbesondere bei der Durchsetzung der Nationalen Reformprogramme (NRP),

gefördert werden kann. Eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik trägt zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

In diesem Sinne unterbreitet die EVP-ED-Fraktion folgende Vorschläge:

- ↳ Durchführung von Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Länder der Eurozone vor jeder Tagung des Europäischen Rates;
- ↳ Erstellung konsolidierter Rechnungen der öffentlichen Haushalte der Eurozone einschließlich des Gemeinschaftshaushalts;
- ↳ Unterrichtung der Öffentlichkeit, welche nationalen Haushaltslinien zur Finanzierung von Gemeinschaftspolitiken beitragen;
- ↳ umfassende Einbeziehung der nationalen Parlamente der Eurozone, indem jedes Jahr per Telekonferenz eine gemeinsame Aussprache über die Haushaltsleitlinien für das Folgejahr stattfindet.

Die Vollendung des Binnenmarkts beschleunigen

Ein innovativer, wachsender, offener und effizienter Binnenmarkt ist die einzige dauerhafte Möglichkeit, dem Globalisierungsdruck und der Wirtschaftskrise die Stirn zu bieten.

Die Unterstützung von Maßnahmen, die es dem Binnenmarkt ermöglichen, ein hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen und den Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten, bildet einen Schwerpunkt für unsere Fraktion.

Europa wird keine hochgesteckten sozialen Ziele verfolgen können, solange es nicht wieder zum Wachstum aufschließt. Unsere Fraktion lehnt die fatalistische Auffassung des «Niedergangs Europas» ab. Mehr denn je müssen freier Wettbewerb und Unternehmergeist als Faktor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Stärkung der Kaufkraft gefördert werden. Besonderes Augenmerk muss den kleinen und mittleren Unternehmen gelten.

Die Vollendung und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts sind Schlüssel zum Erfolg. Jedesmal, wenn ein Binnenmarkthindernis beseitigt wird, ergibt sich damit die Möglichkeit, dass wettbewerbsfähige neue Arbeitsplätze entstehen.

Die EVP-ED-Fraktion tritt dafür ein:

- ↳ den Binnenmarkt in den Bereichen Energie, Verkehr - bei einem zügigen Ausbau der trans-europäischen Verkehrsnetze (TEN-V) -, Dienstleistungen und vor allem Unternehmensdienstleistungen aufzubauen;
- ↳ den Kampf gegen Bürokratie fortzusetzen, die Europa um Wachstum und Wohlstand bringt, indem sie Unternehmen und Bürger an der vollen Entfaltung ihres Potenzials im Binnenmarkt hindert;
- ↳ einen «Binnenmarkttest», d. h. eine Prüfung der Auswirkungen aller maßgeblichen neuen Legislativvorschläge (in welchem Politikbereich auch immer) auf die vier Grundfreiheiten durchzuführen;
- ↳ anzuerkennen, dass die Innovation Triebkraft für Wachstum und Wohlstand in Europa ist und zu den wichtigsten Antworten Europas auf die Globalisierung gehören muss.

Daher wird sich die EVP-ED-Fraktion für Vorschläge einsetzen, die folgende Ziele verfolgen:

- ↳ den wirksamen Schutz geistigen Eigentums in Europa durch Förderung eines finanziell tragbaren, einfachen und effizienten EU-Patentregimes;
- ↳ die Vervollständigung des Regelwerks für das öffentliche Auftragswesen und die Nutzung der öffentlichen Auftragsvergabe als Instrument der Innovationsförderung;
- ↳ eine Regelung für kleine Unternehmen in Europa («Small Business Act»), die innovativen KMU zum Erfolg im Binnenmarkt verhilft, indem sie Vertrauen und Rechtssicherheit schafft und den Zugang zu Kapital erleichtert;
- ↳ ein besonderes Augenmerk auf die digitale Wirtschaft und auf konvergente Technologien.

Die Freiheiten, die der Binnenmarkt bietet, müssen von allen Bürgern problemlos in Anspruch genommen werden können. In der Praxis gibt es noch immer Ärgernisse bei solch alltäglichen Dingen wie der Anmeldung eines Pkw, dem Arztbesuch in einem anderen Mitgliedsstaat oder sogar dem Einkauf über Internet.

Die EVP-ED-Fraktion sollte derartige Hindernisse benennen und beseitigen und entsprechende Vorschläge unterbreiten, so vor allem:

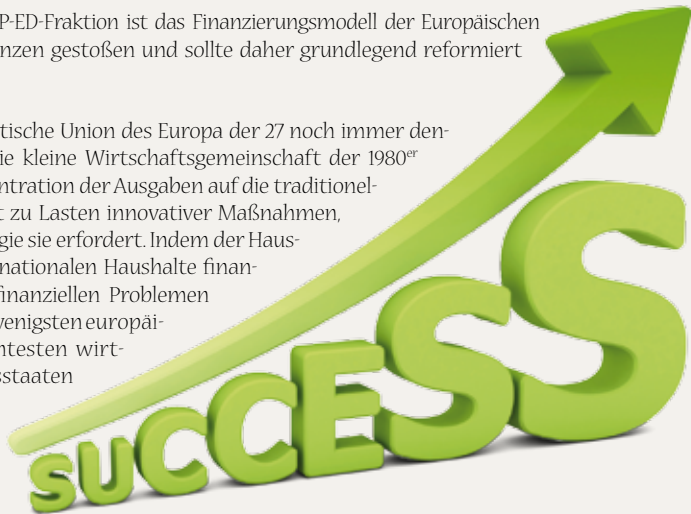
- ↳ die Durchführung einer Befragung der Bürger über die Hauptärgernisse, die sie erleben, sowie eine entsprechende Aufforderung zum Handeln an die Kommission und die Mitgliedsstaaten;
- ↳ Unterstützung neuer Initiativen zur umfassenden Gewährleistung von Verbraucherschutz und Verbrauchersicherheit auf allen EU-Märkten.



5 Die Reform des EU-Haushalts und seiner Finanzierung

Nach Ansicht der EVP-ED-Fraktion ist das Finanzierungsmodell der Europäischen Union an seine Grenzen gestoßen und sollte daher grundlegend reformiert werden.

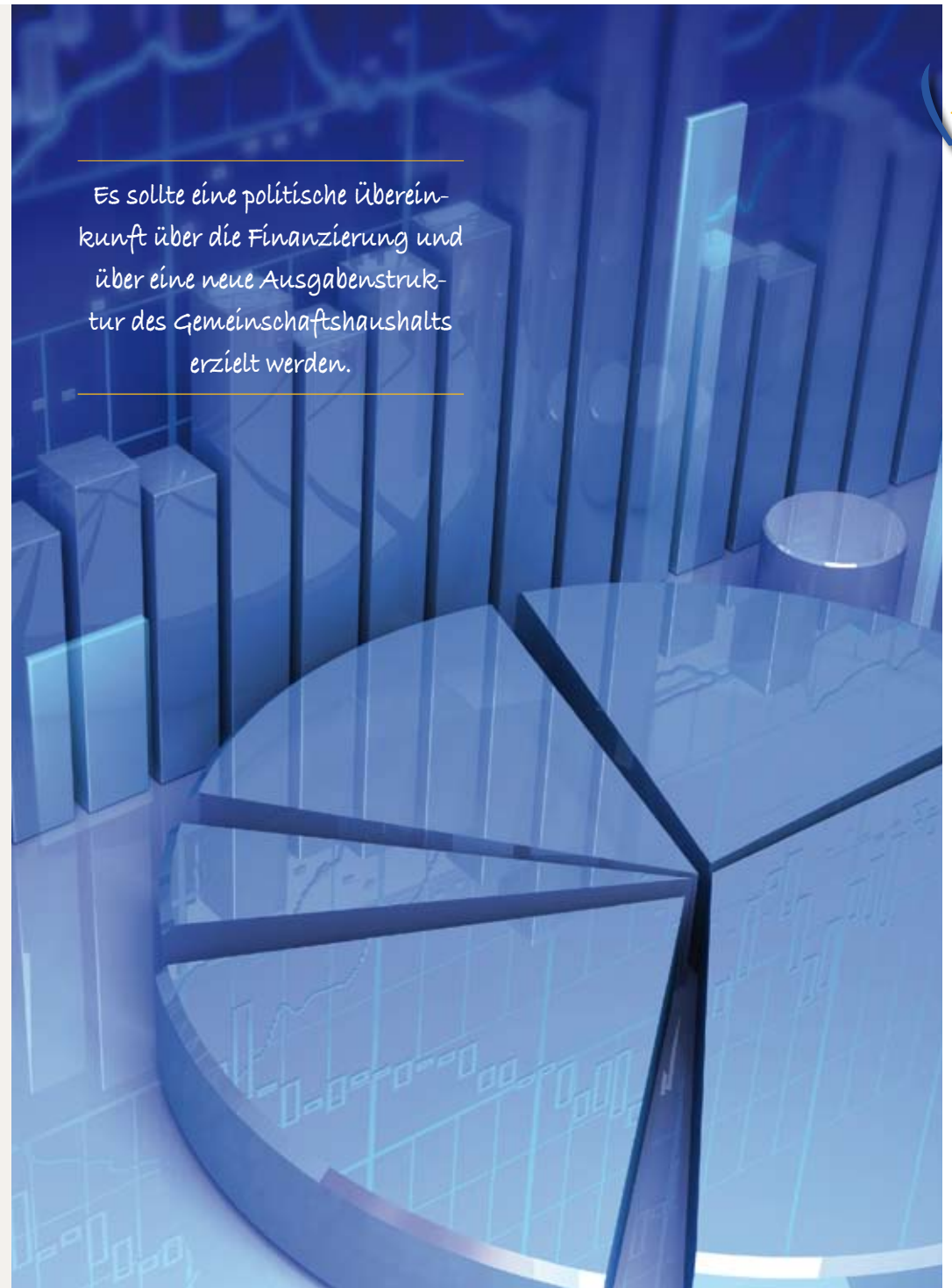
Tatsächlich hat die politische Union des Europa der 27 noch immer denselben Haushalt wie die kleine Wirtschaftsgemeinschaft der 1980er Jahre. Die starke Konzentration der Ausgaben auf die traditionellen Politikbereiche geht zu Lasten innovativer Maßnahmen, wie die Lissabon-Strategie sie erfordert. Indem der Haushalt über Beiträge der nationalen Haushalte finanziert wird, ist er den finanziellen Problemen der erfolglosesten, am wenigsten europäischen und am schlechtesten wirtschaftenden Mitgliedsstaaten schutzlos ausgeliefert.



Die EVP-ED-Fraktion wiederholt die Vorschläge, die das Parlament am 29. März 2007 mit einer Mehrheit von 80 % annahm:

- ↳ das Prinzip der Kostenneutralität muss auf eine Stufe mit dem Subsidiaritätsprinzip gestellt werden. Erhöhungen in einem Bereich müssen durch Senkungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Die Union hat nicht das Recht, Schulden aufzunehmen. Das ist die Ausgangsbasis für jede Art von Haushaltsreform in der EU;
- ↳ in Anbetracht dessen müssen wir dringlichst eine erste Reformphase einleiten, um das System der nationalen Beiträge einfacher zu machen;
- ↳ diese Beiträge müssen nach und nach durch echte Eigenmittel ersetzt werden, die nicht mehr die nationalen Haushalte belasten. Dies ist kein weiterer Schritt zur europäischen Integration, sondern eine Rückkehr zum Geist und Buchstaben der ersten Verträge aus den Jahren 1951 und 1957. Es sollte eine umfassende Debatte zur Art dieser Mittel eingeleitet werden. Die EVP-ED lehnt die Idee der Einführung einer europäischen Steuer zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts ab;
- ↳ es sollte eine politische Übereinkunft über die Finanzierung und über eine neue Ausgabenstruktur des Gemeinschaftshaushalts erzielt werden, um eine bessere Finanzierung der politischen Prioritäten der Union zu ermöglichen. Das Prinzip der Kofinanzierung, das mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, sollte die Regel sein.

Es sollte eine politische Übereinkunft über die Finanzierung und über eine neue Ausgabenstruktur des Gemeinschaftshaushalts erzielt werden.



6 Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus und für den Schutz der Bürger angesichts der organisierten Kriminalität

Terrororganisationen und insbesondere der Terrorismus, der sich auf den Dschihad beruft, stellen die größte Bedrohung für unser Zusammenleben und für unsere Werte dar.

Die Bekämpfung des Terrorismus fällt in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Der Europäischen Union kommt jedoch insofern eine politische Rolle zu, als sie ein globales Sicherheitssystem auf europäischer Ebene aufbauen muss.



Für ein echtes europäisches politisches Projekt zur Eindämmung des Dschihad-Terrorismus:

- ↳ es geht um die Bekämpfung des Terrorismus, nicht jedoch einer religiösen Bewegung; Es muss eine klare Trennung zwischen dem Islam und dem Dschihad-Terrorismus vorgenommen werden;
- ↳ attentate, die Menschenleben gefährden, auch wenn sie im Namen einer Religion verübt werden, sind hassgesteuerte Handlungen, denen eine totalitäre politische Betrachtungsweise zugrunde liegt, und verstoßen gegen die Religion. Die Europäische Union und ihre Mitgliedssta-

ten dürfen bei der Androhung von Gewalt und Gewaltakten keinerlei Toleranz üben;

- ↳ Es gilt ein Gleichgewicht zu finden zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Schutz der Grundrechte;
- ↳ für Attentate sind nicht nur die Straftäter verantwortlich, von denen sie begangen werden. Wer durch Verteidigung und Unterstützung der Straftäter eine Mitschuld an Attentaten trägt, muss verfolgt und bestraft werden;
- ↳ die Europäische Union sollte einen Rahmenbeschluss zur Harmonisierung der Bedingungen für die Ausweisung aller Personen, die zu terroristischen Handlungen anstiften, aus dem Hoheitsgebiet der Europäischen Union annehmen;



- ↳ die Europäische Union muss sich auch mit den Methoden der Infiltration durch terroristische Gruppen befassen, insbesondere in benachteiligten Bevölkerungsgruppen und im kriminellen Milieu, aus denen diese Gruppen ihre Anhänger rekrutieren;
- ↳ die Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten ist von größter Bedeutung. Die Errichtung eines Europäischen Informationszentrums, die wirksame Anwendung des Grundsatzes der Verfügbarkeit von Dokumenten und Daten und die Durchführung von Treffen zwischen den verschiedenen zahlreichen Informationsdiensten der Mitgliedsstaaten sollten für die EU Vorrang haben;
- ↳ die europäische Antiterrorstrategie sollte besser koordiniert werden. Es sollten Verbindungen und Synergien zwischen dem für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglied, dem Koordinator für Terrorismusbekämpfung des Europäischen Rates und dem Direktor von Europol aufgebaut werden;
- ↳ es sollten regelmäßige Treffen zwischen den Innenministern der Mitgliedsstaaten, dem zuständigen Kommissionsmitglied, dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung sowie den Direktoren von Europol, Eurojust, SITCEN und Frontex stattfinden;

- ↳ die Außenpolitik der Europäischen Union muss unterscheiden zwischen Regimes und Regierungen, die den Terrorismus implizit oder explizit unterstützen, und solchen, die dies nicht tun, und entsprechend vorgehen. Die Europäische Union sollte einen Aktionsplan auf den Weg bringen, um die Demokratie in der muslimischen Welt zu fördern;
- ↳ die Europäische Union muss den Schwerpunkt auf den Dialog zwischen den Kulturen legen. In diesem Sinne verpflichtet sich die EVP-ED, die Treffen, die sie alljährlich im Rahmen des Dialogs mit dem Islam durchführt, weiter auszubauen.

Für einen wirksamen Schutz der Bürger vor organisierter Kriminalität

Zum Schutz ihrer Bürger muss die Europäische Union auf die Bedrohung reagieren, die von der organisierten Kriminalität ausgeht. Um gegen diese Bedrohung vorzugehen, müssen gemeinsame Präventivmaßnahmen und gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität und krimineller Organisationen ins Auge gefasst werden. Es gilt, gemeinsame polizeiliche und juristische Ressourcen bereitzustellen, um zu gewährleisten, dass es in der Union keine Verstecke für Straftäter oder die Erträge aus Straftaten gibt.

7 Eine kohärente Energiepolitik im Rahmen der Bewältigung des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung

Die EVP-ED-Fraktion tritt für die Einführung eines diversifizierten Energiemixes ein, der die Erhöhung der Energieeffizienz in allen Wirtschaftsbereichen, die Vollendung des Binnenmarktes und die Entwicklung einer abgestimmten Energieaußenpolitik unterstützt.

Für einen CO₂-freien bzw. CO₂-armen Energiemix

Die EVP-ED-Fraktion tritt ein:

- ↳ für höhere Investitionen in FuE für saubere Technologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung, Wasserstoff- und Methanolergergie, Biotreibstoff, Biogas und Biomasse, die eine nachhaltige Nutzung einheimischer Energiequellen ermöglichen;
- ↳ dafür, dass mehr Wert gelegt wird auf umweltfreundliche Energietechnologien wie die Kernenergie - sofern die Staaten dies wünschen -, die Nutzung umweltfreundlicher Technologien für fossile Energieträger und die Nutzung erneuerbarer Energien - wie Wind- und Sonnenenergie, Energie aus dem Meer und thermische Energie;
- ↳ für eine Erneuerung der Städte in großem Umfang (Gebäude, Fernwärmesysteme, öffentliche Verkehrsmittel);
- ↳ für eine Intensivierung des Dialogs zwischen den Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, eine massive Steigerung des Preises und der Menge importierter Energieträger sowie der CO₂-Gesamtemissionen der EU zu vermeiden.

Energieeffizienz als Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz

Eine effiziente Energienutzung in allen Wirtschaftsbereichen ist der kostengünstigste und schnellste Weg zur Verringerung unserer Abhängigkeit von Energieimporten, zu Energieeinsparungen in den privaten Haushalten und der Industrie und zu einer drastischen Verringerung unserer CO₂-Emissionen. Alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure müssen zur Mitwirkung angehalten werden.

Die EVP-ED-Fraktion spricht sich dafür aus:

- ↳ finanzielle Anreize für bauliche Maßnahmen von Privathaushalten und Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz sowie für den Kauf energieeffizienter Autos und Geräte zu bieten;
- ↳ den Nutzern genaue Informationen über eine rationellere Energienutzung zur Verfügung zu stellen, vor allem durch Förderung neuer Technologien wie z. B. intelligenter Stromzähler;
- ↳ die rasche Entwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung in unseren energieintensiven Wirtschaftszweigen fortzusetzen und die anderen Sektoren aufzurufen, diesem Beispiel zu folgen.

Der Energiebinnenmarkt als Voraussetzung für offenen Wettbewerb, höhere Effizienz und kostenreflektierende Preise

Die Vollendung des Energiebinnenmarktes ist für die erfolgreiche Verwirklichung unserer Ziele in Bezug auf Versorgungssicherheit und Umweltschutz unerlässlich. Dennoch bestehen noch zahlreiche Hürden für den ungehinderten Austausch von Gas und Elektrizität in der EU: unzureichende Verbundkapazitäten zwischen den Mitgliedsstaaten, mangelnde Harmonisierung grundlegender technischer Vorschriften, politischer Protektionismus und Nebeneinanderbestehen von 27 unterschiedlichen Regelungsrahmen.

Die EVP-ED-Fraktion tritt ein für:

- ↳ die weitere Harmonisierung der technischen und rechtlichen Regelungen, um allen Unternehmen gleiche Ausgangsbedingungen für die Versorgung von Kunden in der gesamten Union zu bieten, die Verbundkapazität zu erhöhen und in abgeschiedenen und abgeschnittenen Gebieten Voraussetzungen für den Wettbewerb zu schaffen;
- ↳ die Auflage von Sozialprogrammen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, ohne in den Markt einzugreifen;
- ↳ die Förderung eines wirklich integrierten und offenen Marktes, um Energiepreise zu gewährleisten, die die tatsächlichen Produktionskosten widerspiegeln. Ein effizienter Markt ist auch für die Unterstützung der umfangreichen Investitionen bedeutsam, die zur Einführung der erneuerbaren Energiequellen erforderlich sind.

Für eine solidarische Energiediplomatie

Die EU, die mehr als 500 Millionen Kunden vertritt, braucht die Einführung einer echten Energiediplomatie.

Es müssen EU-interne Solidaritätsmechanismen geschaffen werden, die in Notfällen greifen. Die Gasversorgungskrise der letzten beiden Jahre und die beiden EU-weiten Stromausfälle verdeutlichen, dass die Verbundkapazitäten und die Krisenreaktionsmechanismen ausgebaut werden müssen, um den gravierenden potenziellen Auswirkungen derartiger Zwischenfälle auf Wirtschaft und Gesellschaft vorzubeugen.



8 Sichere und gesunde Nahrungsmittelversorgung

Die europäische Landwirtschaft muss sich ein zweifaches strategisches Ziel setzen: die Menschen in Europa in Selbstversorgung gesund zu ernähren.

Erhöhung der Nahrungsmittelsicherheit

Derzeit entwickelt sich die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln in immer stärkerem Maße, was auf einen höheren Bedarf an Nahrungsmitteln, insbesondere in den Schwellenländern, eine stark gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen für Futtermittel, eine rasch zunehmende Zahl der Verwendungsmöglichkeiten für Agrarprodukte zu anderen Zwecken als der Ernährung, in erster Linie der Verwendung als Biokraftstoff, und auf Ernteausfälle durch klimatische Ereignisse zurückzuführen ist. All dies hat zu einem weltweiten Rückgang der Vorräte geführt und damit zu einem Preisanstieg bei Agrarprodukten, der sich auf die Preise für Nahrungsmittel niederschlägt.

Die Europäische Union muss dazu beitragen, die weltweite Nahrungsmittelproduktion zu verdoppeln, um bis 2050 zusätzliche 35 Milliarden Menschen versorgen zu können. Um das Risiko einer weltweiten Nahrungsmittelknappheit zu verringern und seine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern, wird Europa künftig nicht nur mehr, sondern auch effizienter und nachhaltiger produzieren müssen.

Die EVP-ED-Fraktion empfiehlt:

- ↳ die endgültige Abschaffung der Flächenstilllegungen in der EU;
- ↳ die Einrichtung von Vorratslagern für Grundnahrungsmittel;
- ↳ einen rascheren Übergang zur Produktion und Nutzung von Bioenergie der zweiten Generation (Verarbeitung von tierischem Dünger und landwirtschaftlichen Abfallstoffen);
- ↳ die Abschaffung jeder Förderung des Anbaus von Energiepflanzen;
- ↳ Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Technologien (einschließlich Gentechnik) für die Lebensmittel-, Futtermittel- und Energieerzeugung;
- ↳ Abschätzung der Folgen des biologischen Anbaus, was den Rückgang der Lebensmittelproduktion anbelangt: Natürlich ist gegen die Erzeugung von Bioprodukten nichts einzuwenden. Bei dieser Art des Anbaus wird jedoch für dieselbe Ertragsmenge eine größere Fläche benötigt als in der herkömmlichen Landwirtschaft;
- ↳ bessere Analyse der Auswirkungen der heutigen Umwelt-/Raumpolitik der EU auf die landwirtschaftliche Produktion.

Stärkung der Lebensmittelsicherheit

Die EU-Bürger stellen immer höhere Anforderungen an den Nährwert und die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Lebensmitteln.

Die EVP-ED-Fraktion legt besonderen Wert darauf, dass das Selbstbestimmungsrecht des Verbrauchers durch wirksame Vorschriften für die Lebensmittelkennzeichnung, die nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben und gentechnisch veränderte Lebensmittel geachtet wird. Information und Aufklärung sind unerlässlich für ein eigenverantwortliches Handeln der Verbraucher. Allerdings lehnt die EVP-ED eine erzwungene Belehrung und einen gesetzlich vorgeschriebenen Lebensstil ab.



Die EVP-ED-Fraktion empfiehlt:

- ↳ die Stärkung der Verwaltung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), der eine Schlüsselrolle bei der unabhängigen und wissenschaftlichen Beratung und Information der Mitgliedsstaaten und der Verbraucher in Fragen der Lebensmittelsicherheit übertragen werden sollte;
- ↳ die Unterstützung des integrierten Konzepts der Lebensmittelsicherheit («vom Erzeuger bis zum Verbraucher»);
- ↳ die Unterstützung des Verursacherprinzips, was die Hygiene bei der Produktion und Handhabung von Futtermitteln angeht;
- ↳ die Anwendung der EU-Normen und -Sanktionen auf importierte Futter- und Lebensmittel;
- ↳ die Unterstützung eines gründlich überlegten Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie Tierarzneimitteln;
- ↳ die Förderung einer korrekten, genauen und wissenschaftlich fundierten Lebensmittelkennzeichnung anstelle gesetzlicher Diktate, die eine ausufernde Bürokratie mit sich bringen;
- ↳ die Veranstaltung von der EU unterstützten Informationskampagnen zur Förderung einer gesunden Lebensweise;
- ↳ dass jeder Verbraucher im Hinblick auf seinen Lebensstil eine verantwortliche Wahl treffen können muss. Zugleich muss sich jeder Verbraucher seiner Verantwortung für sich selbst und für seine Kinder bewusst sein.
- ↳ dass traditionelle und regionale Spezialitäten und Küchen als Teil unseres kulturellen Erbes bewahrt werden sollten.

9 Gemeinsame Einwanderungspolitik

Nach Auffassung der EVP-ED-Fraktion muss eine ihrer strategischen Prioritäten ein gemeinsamer europäischer Ansatz in Einwanderungsfragen sein.

Durch die Erweiterung des Schengen-Raumes, in dem die Binnengrenzen beseitigt und die Außengrenzen gestärkt werden, erfolgte in zunehmendem Maße eine Abstimmung der Mitgliedsstaaten in Einwanderungs- und Asylfragen, denn Beschlüsse eines Mitgliedsstaates ziehen stets Konsequenzen für die anderen nach sich. Angesichts dieser Tatsache ist eine gemeinsame EU-Einwanderungspolitik nicht nur erstrebenswert, sondern ein Muss.

Entschlossenheit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Derzeit leben Millionen Menschen illegal in Europa, und ihre Zahl steigt ständig. Nach Ansicht der EVP-ED-Fraktion kann Europa nur dann öffentliche Akzeptanz für die legale Einwanderung erreichen, wenn es nachweist, dass es wirksam gegen die illegale Einwanderung vorgehen kann.

In diesem Zusammenhang befürwortet die EVP-ED-Fraktion:

- ↳ strenge Kontrollmaßnahmen an den Außengrenzen;
- ↳ eine wirksame Politik zur Rückführung illegaler Einwanderer;
- ↳ starke Unterstützung für Frontex und die Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (RABIT - Rapid Border Intervention Team).
- ↳ verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von kriminellen Machenschaften und von kriminellen Organisationen, die oft Drahtzieher von Masseneinwanderung und Menschenhandel sind;
- ↳ Stärkung der gemeinsamen Visapolitik.



Solidarität und Zusammenarbeit mit Drittländern

Die Einwanderungspolitik sollte auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen, da die einzelnen Mitgliedsstaaten und insbesondere diejenigen unter ihnen, die am stärksten von Masseneinwanderung betroffen sind, der Problematik allein nicht Herr werden können.

Aus diesem Grunde unterstützt die EVP-ED-Fraktion:

- ↳ die Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten durch Lastenteilung;
- ↳ die Bereitstellung der notwendigen Mittel für ein reibungsloses Funktionieren solcher Instrumente wie der Agentur Frontex;
- ↳ die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.

Eine bessere Organisation der illegalen Einwanderung

Eine gut organisierte und entsprechend unterstützte legale Einwanderung kann sowohl für die Einwanderer selbst als auch für die Aufnahmeländer von Vorteil sein.

Daher unterstützt die EVP-ED-Fraktion:

- ↳ gemeinsame Initiativen im Hinblick auf die legale Einwanderung von hochqualifizierten und ungelerten Arbeitskräften;
- ↳ die Weiterverfolgung der Pläne zur Einführung einer Blue Card für hochqualifizierte Arbeitskräfte;
- ↳ die Entwicklung eines Systems der legalen Einwanderung weniger qualifizierter oder ungelerner Arbeitskräfte, bei dem zeitliche Befristungen gelten;
- ↳ die Anwendung strenger, aber fairer Regeln für die Familienzusammenführung bei legalen Einwanderern.

Intensivere Koordinierung der Verwaltung des Asylrechts

Die EVP-ED-Fraktion erkennt an, dass einige Drittstaatsangehörige Anspruch auf Schutz und Asyl in der EU haben, da sie als Flüchtlinge anerkannt wurden oder anderweitig unter internationalem Schutz stehen.

Daher unterstützt die EVP-ED-Fraktion:

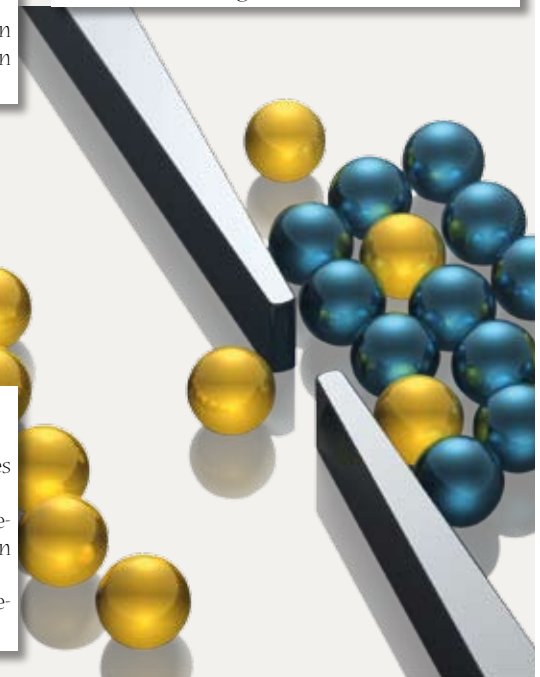
- ↳ die Annahme einer gemeinsamen Definition des Begriffs „Asyl“ in der EU;
- ↳ die Schaffung von Verfahrensgarantien und gemeinsamen Standards für die Bearbeitung von Asylanträgen;
- ↳ die Verstärkung des Schutzes für besonders gefährdete Personen.

Verstärkung der Integration und des interkulturellen Dialogs

Die EVP-ED-Fraktion setzt sich für die Förderung des interkulturellen Dialogs und die gesellschaftliche Integration legaler Einwanderer in den Aufnahmeländern ein, die sowohl den Einwanderern als auch den Aufnahmeländern zum Vorteil gereicht.

Aus diesem Grunde unterstützt die EVP-ED-Fraktion:

- ↳ die Integration legaler Einwanderer;
- ↳ die Integration von legalen Einwanderern durch ein Maßnahmenpaket, das das Erlernen von praktischen und sprachlichen Kompetenzen einschließt, aber nicht über das Maß der Leistungen hinausgehen sollte, die den Bürgern der Aufnahmeländer geboten werden.



4

Für ein solidarisches Europa

10 Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten, insbesondere im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Verteidigung der Werte des europäischen Sozialmodells

Die EVP-ED-Fraktion ist überzeugt von den Möglichkeiten einer ausgewogenen territorialen Entwicklung

- ↳ Die Krise kann negative Auswirkungen auf die Entwicklung der am wenigsten begünstigten Territorien der EU und der Personen haben, die dort leben und arbeiten. Daher setzt sich die EVP-ED-Fraktion für eine anspruchsvolle Politik des territorialen Zusammenhalts ein.
- ↳ In Anbetracht der gesellschaftlichen Herausforderungen von morgen - demografischer Wandel, Migration, Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz usw. - sowie des neuen EU-Ziels «territorialer Zusammenhalt» muss 2013 eine Überprüfung der Sozial- und Kohäsionspolitik erfolgen.

Die EVP-ED-Fraktion ist überzeugt von den Möglichkeiten der innerbetrieblichen Förderung von Arbeit und Dialog

Hohe Arbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit. Deshalb schlägt die EVP-ED-Fraktion vor, die Solidarität im Zusammenhang mit der Arbeit und deren Förderung als einen Grundwert des europäischen Sozialmodells zu stärken, und fordert:

- ↳ Einen besseren Zugang aller Bürger zu den Mitteln, mit denen sie für den Wandel gerüstet werden, damit sie sich neue Kompetenzen für neue Arbeitsanforderungen aneignen können. Es geht darum, die Arbeitnehmer und nicht spezifische Arbeitsplätze zu schützen und durch lebenslanges Lernen die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern.
- ↳ eine flexiblere Arbeitsorganisation, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Einbeziehung älterer Arbeitnehmer ins Erwerbsleben fördert.
- ↳ die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist unerlässlich für die Schaffung eines echten Binnenmarkts und damit für eine dynamischere europäische Wirtschaft. In dieser Hinsicht sind verstärkte Anstrengungen geboten.
- ↳ Förderung der unternehmerischen Initiative.
- ↳ Förderung des universellen Konzepts einer «menschenswürdigen Arbeit», das vier Ziele beinhaltet:
 - ▷ Schaffung neuer Arbeitsplätze,
 - ▷ Gewährleistung der Rechte am Arbeitsplatz,
 - ▷ allmähliche Ausweitung des Sozialschutzes,
 - ▷ Förderung des Dialogs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und Lösung von Konflikten auf dem Verhandlungswege.

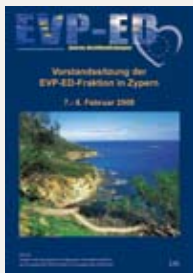
In 2008 erschienene Veröffentlichungen

Abteilung «Politische Strategien»

EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament



↓
Der «Dekalog» der EVP-ED-Fraktion
März 2008
FR, EN, DE, NL, ES



↓
Sitzung des Vorstands der
EVP-ED-Fraktion, Nikosia/Zypern
(7./8. Februar 2008)
April 2008
FR, EN, DE, EL



↓
4th Joint Parliamentary Meeting on
the Lisbon Strategy
Juni 2008
EN



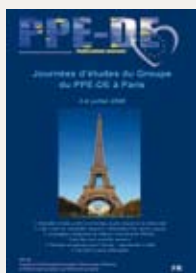
↓
Meeting of the EPP-ED Group
Bureau in Slovenia
(17-18 April 08)
Juni 2008
FR, EN



↓
8th Summit of Chairmen of the
EPP-ED Parliamentary Groups
in the EP (15 April 08)
Oktober 2008
FR, EN



↓
Joint Parliamentary Meeting on the
Western Balkans
(26-27 mai 2008)
Oktober 2008
EN



↓
EPP-ED Study Days in Paris
(2-4 July 08)
Oktober 2008
FR, EN



↓
Group Presidency meeting on the
island of Réunion
(26-29 November 08)
November 2008
FR, EN



↓
Schlussfolgerungen der Horizontalen
Arbeitsgruppen der EVP-ED-Fraktion
(9. Dezember 2008)
Dezember 2008
FR, EN, DE



- Herausgeber:** EVP-ED-Fraktion
Fraktion der Europäischen Volkspartei
(Christdemokraten) und der europäischer
Demokraten im Europäischen Parlament
- Erschienen:** Dezember 2008
- Verantwortlich:** Christine Detourbet
Leiterin der Abteilung «Politische Strategie»
- Koordination &
Layout :** Caïra Edition sprl
www.caïra-edition.eu
- Anschrift:** Europäisches Parlament
47-53 rue Wiertz
B - 1047 Brüssel
Belgien
- Internet:** <http://www.epp-ed.eu>
- E-Mailadresse:** epp-ed@europarl.europa.eu